

PRESSEDIENST

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Fon: 9029-14908 Fax: 9029-14914
e-mail: fraktion@gruene-cw.de
<http://www.gruene-cw.de>



Große Anfrage und Anträge an die BVV am 24. Mai 2018

Große Anfrage
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler

Schulbau und -sanierung in Charlottenburg-Wilmersdorf

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Welche Auswirkungen hat der am 24. 4. 2018 von der Senatsverwaltung veröffentlichte Schulbaufahrplan für Charlottenburg Wilmersdorf?
2. Wie sollen die Qualitätsstandards an den Schulen gesichert werden, wenn jetzt v.a. An Grundschulen massiv ausgebaut wird, wie z.B. bei der offensichtlich geplanten Erweiterung der Mierendorff-Schule auf möglicherweise 7 Züge?
3. Trifft es zu, dass der Schulbau Glockenturmstraße (ehemals geplante König Fahd – Akademie) zu den Schulen gehört, die durch die Howoge gebaut werden sollen, falls ja, wie ist der Bezirk bei der Planung und Einhaltung der Qualitätsstandards einbezogen?

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

Fahrradstraße Prinzregentenstraße besser gestalten und kenntlich machen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, die Fahrradstraße Prinzregentenstraße einheitlich auch über Knoten hinweg zu markieren. Hierzu soll durch eine Markierung mit RAL „Verkehrs-Grün“ (Breitstrich 25cm) unter Einbindung von (vorhandenen) Signets auf der Fahrbahn der Bereich der Fahrradstraße markiert werden.

Zudem soll geprüft werden, ob sie als Vorfahrtstraße beschildert werden kann. Der Antrag bezieht sich nicht auf solche Stellen, bei denen die Prinzregentenstraße überörtliche Hauptverkehrsstraßen (Berliner Straße und Badensche Straße) in der Zuständigkeit der Verkehrslenkung Berlin (VLB) quert.

Auf der Kreuzung Prinzregentenstraße/Durlacher Straße soll eine Diagonalsperre anstelle des dort geplanten Wendekreises die rechtswidrige Abkürzung von der Wexstraße über die Prinzregentenstraße und Durlacher Straße in der Bundesallee unterbinden, aber das

durchgehende Radfahren auf der Prinzregentenstraße ermöglichen. Damit die den Fahrräder vorbehaltene Fläche nicht missbräuchlich vom motorisierten Individualverkehr genutzt wird, soll mit einer geeigneten Maßnahme wie zum Beispiel Pollern die rechtswidrige Durchfahrt verhindert werden. Für Fußgänger/innen sollen an dieser Kreuzung entsprechende Querungsflächen ähnlich denen im T-Kreuzungsbereich Prinzregentenstraße/Tharandter Straße eingerichtet werden.

Sowohl auf der nördlichen als auf der südlichen Seite des Volksparks Wilmersdorf sollten Wendekreisen bzw. -hammer eingerichtet werden.
Weiter soll geprüft werden, ob im Zuge der Umgestaltung mit geeigneten Maßnahmen die Aufenthaltsqualität in der Straße gesteigert werden kann.

Letztlich soll das Bezirksamt prüfen, ob es Schilder anbringen kann, die die Fahrradstraße erläutern, wie dies in der Weserstraße in Neukölln geschehen ist.
Der Text auf den Schildern dort lautet:

Fahrräder haben Vorrang.
Radfahrende dürfen nebeneinander fahren.
Maximal Tempo 30 für alle.
Vorfahrtregeln bleiben.
Gehwege bleiben Fußgängern vorbehalten.

Der BVV ist bis zum 31.12.2018 zu berichten.

Begründung

Die Fahrradstraße Prinzregentenstraße ist Teil einer überörtlichen Berliner Radroute, die von Friedenau kommend weiter über die Fasanenstraße nach Mitte bzw. zum Spreeweg führt.

Der Kraftfahrzeugverkehr in der Prinzregentenstraße ist zu einem nicht unerheblichen Anteil kein Anlieger*innenverkehr und insofern rechtswidrig. Das zeigen die Erhebungen des Netzwerkes Fahrradfreundliches Charlottenburg-Wilmersdorf im April 2017, nach denen etwa 95% der Autofahrenden das Teilstück der Prinzregentenstraße zwischen Wexstraße und Durlacher Straße durchfahren, ohne Anlieger zu sein:

<https://www.facebook.com/FahradfreundlichesChaWi/photos/a.1667985600177751.1073741828.1660055114304133/1673983436244634/?type=3&theater> (Videomitschnitt: <https://www.facebook.com/FahradfreundlichesChaWi/videos/1668019306841047> [2017]).

Diesem rechtswidrigen Verkehr ließe sich durch eine Diagonalsperre beikommen, wie sie sowohl vom Netzwerk Fahrradfreundliches Charlottenburg-Wilmersdorf als auch vom ADFC Berlin, Stadtteilgruppe City-West favorisiert wird, da diese den Radverkehr nicht beeinträchtigt (<https://www.rad-chawi.de/projekte/prinzregentenstrasse>). Einer missbräuchlichen Nutzung der Radspuren durch den motorisierten Individualverkehr soll damit vorgebeugt werden.

Gleichzeitig wird durch die beschriebenen Maßnahmen die Schulwegsicherheit erhöht. Werden im Zuge der Umgestaltung weitere Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität durchgeführt, wird zusätzlich eine Senkung der Durchschnittsgeschwindigkeit erreicht. Dies führt mittel- und langfristig zu einer weiteren Stärkung des Fuß- und Radverkehrs.

An fast allen Kreuzungen entlang der Prinzregentenstraße gilt „rechts vor links“ und auf den Kreuzungen selbst theoretisch Tempo 50 km/h. Die aktuelle Vorlage berücksichtigt zum Beispiel Erfahrungen in Bremen, wo StVO-konforme Vorfahrtsregeln für Fahrradstraßen mit Erfolg eingeführt wurden (<https://nationaler->

radverkehrsplan.de/de/aktuell/nachrichten/leitlinien-fuer-die-gestaltung-von-fahrradstrassen).

Eine Abstimmung mit der VLB ist nicht erforderlich, da im Antrag zunächst die Kreuzungsbereiche mit den überörtlichen Hauptverkehrsstraßen (Berliner Straße wie Badensche Straße) zunächst unverändert bleiben.

In Verbindung mit der Ausweisung als Vorfahrtstraße sollte die Prinzregentenstraße zudem weitgehend unterbrechungsfrei als Fahrradstraße beschildert werden. Dies bedeutet, dass auf Ende-Schilder vor Kreuzungen verzichtet wird. Die besonderen Regelungen von Fahrradstraßen gelten so im und über den Knoten fort.

Für eine durchgehende Kenntlichmachung - auch zur Verdeutlichung der Vorfahrtregelung - sollte die Fahrradstraße zudem einheitlich markiert werden. Zu diesem Zweck kann weitgehend auf Markierungen von Radverkehrsanlagen zurückgegriffen werden. Besonders wichtig ist die Kennzeichnung eines Sicherheitstrennstreifens zum ruhenden Verkehr (analog zur aktuellen Markierung von Schutzstreifen für den Radverkehr). Die vorstehenden Punkte berücksichtigen umfangreich die geltende Rechtslage und die Empfehlungen der Unfallforschung des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft (<https://www.gdv.de/de/themen/news/durchgangsverkehr-in-fahrradstrassen-unterbinden-11446>)

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

Fachgespräch „Geschwindigkeitsbegrenzungen sicherstellen“

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, ein Fachgespräch zu organisieren, auf dem aufgezeigt wird, mit welchen (baulichen) Maßnahmen (z.B. Verengungen) verhindert werden kann, dass auf bezirklichen Straßen zu schnell gefahren werden kann.

Der BVV ist bis zum 30. September 2018 zu berichten.

Begründung

[Immer wieder erreichen uns Beschwerden, dass auf Straßen zu schnell gefahren wird. Um dies dauerhaft zu unterbinden, soll das Bezirksamt in einem Fachgespräch eruieren, welche \(baulichen\) Maßnahmen eingesetzt werden können, um eine nicht regelkonforme Geschwindigkeit zu unterbinden. Dies können beispielsweise Verengungen sein.](#)

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/Wapler/Wieland/Gusy

Tiefgaragen auf Bebauungsfläche begrenzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, zukünftig grundsätzlich nur noch Tiefgaragen zu genehmigen, die nicht über die Grundfläche des Baukörpers hinausragen.

Der BVV ist bis zum 30.07.2018 zu berichten.

Begründung

Eine weitere Versiegelung über die Grundfläche des Baukörpers hinaus ist abzulehnen, da die Auswirkungen von Starkregen etc. stärker berücksichtigt werden müssen. Auch in Hinblick auf den Klimawandel, der die Hitzeentwicklung in der Stadt verstärkt, sind unversiegelte Flächen von Bedeutung.

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/Wapler/Drews/Centgraf

Blühstreifen- und flächen – das Wildbienenprojekt erweitern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, über das bereits arbeitende Wildbienenprojekt hinaus Flächen- bzw. Standortvorschläge für die Einrichtung von Blühstreifen und Blühflächen zu erarbeiten und umzusetzen.

Dabei ist auf eine Artenzusammenstellung zu achten, die den örtlichen Standortverhältnissen angepasst ist und insbesondere für Wildbienen und Schmetterlinge, aber auch anderen Insekten Nahrung bietet. Für die Aussaat ist möglichst Saatgut in Bio-Qualität zu verwenden.

Eine ggf. erforderliche Mahd soll so terminiert werden, dass die Samenbildung und eine selbstständige Vermehrung ermöglicht wird.

Das Bezirksamt wird des Weiteren gebeten, Möglichkeiten zu unterbreiten, in welcher Form sich Anwohner*innen, Gewerbetreibende und Sponsor*innen an der Umsetzung von Bepflanzungsmaßnahmen auf den qualifizierten Flächen beteiligen können.

Die für diese Aufgaben zuständigen Mitarbeiter*innen des Straßen- und Grünflächenamtes sollen Fortbildungsmaßnahmen für eine bestäuberfreundliche Praxis nutzen können.

Flächen, die möglicherweise für eine entsprechende Bepflanzung in Frage kämen, sind die Grünflächen entlang von Straßen, begrünte Mittelinseln und Mittelstreifen, aber auch bestehende und neu zu gestaltende Gründächer und Fassadenbegrünungen sowie Gebäudebegleitgrün. Auch bei baulichen Gestaltungsvorhaben in Parks und Grünanlagen soll dieser Aspekt zukünftig stärker berücksichtigt werden.

Der BVV ist bis zum 31.12.2018 zu berichten.

Begründung

Der Bezirk hat die Deklaration des kommunalen Netzwerks für biologische Vielfalt unterzeichnet und hat damit eine besondere Verantwortung, das auch durch konkrete Maßnahmen mit Leben zu füllen. Das Wildbienenprojekt ist bereits ein sehr guter Anfang, aber wir können mehr und unter möglicher Einbeziehung von Bewohner*innen tun.

Hinweise in wissenschaftlichen Studien und politische Stellungnahmen von Behörden, Naturschutz- und Umweltverbänden warnen seit längerem, dass die Anzahl und die Vielfalt insbesondere von bestäubenden Insekten stark abgenommen hat. Urbane Räume werden immer bedeutsamer für den Erhalt dieser Arten, weil die Anwendung von Pestiziden in der Stadt deutlich geringer verbreitet ist als in agrarisch geprägten Räumen. Pflanzen sorgen über die Verdunstung für eine höhere Luftfeuchtigkeit und eine geringere Temperatur im Nahbereich. Diese Faktoren im Straßenumfeld sowie die rauere Oberfläche von Stauden und Gräsern tragen zu einer Bindung von Feinstaub und der Verbesserung der Luftqualität und des Mikroklimas bei.

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias/Kouloubandi

Information über Arztpraxen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich beim Senat dafür einzusetzen, dass eine Liste mit Arztpraxen, die Abbrüche durchführen, veröffentlicht wird. Diese Liste soll auch auf der Seite des Bezirks verlinkt werden.

Der BVV ist bis zum 31.06.2018 zu berichten.

Begründung

Eine umfassende und ausreichende Information über entsprechende Arztpraxen sollte allen ratsuchenden Menschen bereit gestellt werden. Das Bezirksamt sollte das unterstützen und mit Hilfe zur Seite stehen.

In Hamburg wird dieser Informationsdienst vom Senat angeboten.

<http://www.hamburg.de/contentblob/4242250/272b866a4431174c124b894c48c1d524/data/liste-praxiseinrichtungen-schwangerschaftsabbrueche.pdf>

Diese Liste ist in allen Sprachen, die Einwohner*innen des Bezirks sprechen, bereitzuhalten.

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Wieland/Gusy

Ehemaliger Güterbahnhof Grunewald als Entwicklungsgebiet

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen und darüber hinaus selbst alle ihm möglichen Maßnahmen zu ergreifen, dass das Gebiet des ehemaligen Güterbahnhofs Grunewald zu einem Entwicklungsgebiet erklärt werden kann,

um die Entwicklung des Geländes durch die öffentliche Hand steuern zu können. Dabei sind sowohl die Ergebnisse des Charette-Verfahrens als auch die Planungen für die Neugestaltung des Autobahndreiecks Charlottenburg sowie die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner zu berücksichtigen und einzubeziehen.

Der BVV ist bis zum 31.08.2018 zu berichten.

Begründung

Seit dem Verkauf des Geländes durch die Bahn an einen privaten Investor gibt es keinerlei zielführendes Planungskonzept, das den Interessen von Bezirk und Stadt dient. Stattdessen wurde lediglich alte Bausubstanz abgerissen und das Gelände wird in regelmäßigen Abständen von einem Investor an den nächsten veräußert. Es ist an der Zeit, dass die öffentliche Hand für solch eine wichtige Entwicklungsfläche des Bezirks am Tor zur City West die Initiative ergreift, ihre Gestaltungsinteressen für das Gelände zu definieren und in einen Umsetzungsprozess zu transformieren.

Große Anfrage
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler

Eschenallee

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Welche Nutzungen sind konkret geplant für das Gelände Eschenallee in Westend (zw. Akazien-/Kirschen-/Ulmen- und Eschenallee)?
2. Wie weit ist das Bebauungsplanverfahren?
3. Wie läuft die Bürger*innenbeteiligung, wie ist die Resonanz der Anwohner*innen?